Bayerischer Landtag

2. Legislaturperiode

Tagung 1951/52

Beilage 2340

Der Bayerische Ministerpräsident

München, den 20. Februar 1952

An den
Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags
München

Betreff:

Entwurf einer Verordnung über die Umgliederung von Teilen der gemeindefreien Forstbezirke Zerzabelshof und Forsthof (Landkreis Nürnberg), Kraftshof (Landkreis Erlangen) und Eibach (Landkreis Schwabach) in die Stadt Nürnberg

Auf Grund Beschlusses des Ministerrats vom 19. Februar 1952 übermittle ich in der Anlage den obenbezeichneten Entwurf einer Verordnung der Staatsregierung mit der Bitte, die Genehmigung des Landtags gemäß Art. 9 Abs. 2 der Verfassung herbeizuführen.

(gez.) Dr. Ehard,
Bayerischer Ministerpräsident

*

Entwurf einer Verordnung

über die Umgliederung von Teilen der gemeindefreien Forstbezirke Zerzabelshof und Forsthof (Landkreis Nürnberg), Kraftshof (Landkreis Erlangen) und Eibach (Landkreis Schwabach) in die Stadt Nürnberg

Auf Grund des Art. 9 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern verordnet die bayer. Staatsregierung mit Genehmigung des Landtags:

§ 1

Mit Wirkung von 1. Februar 1952 werden eingegliedert

- a) aus dem gemeindefreien Forstbezirk Zerzabelshof (Landkreis Nürnberg) die im Messungsverzeichnisauszug 53/42 der Gemarkung Forstbezirk Zerzabelshof bezeichneten Grundstücke im Gesamtausmaß von 61,8963 ha,
- b) aus dem gemeindefreien Forstbezirk Forsthof (Landkreis Nürnberg) die im Messungsverzeichnisauszug 263/51 der Gemarkung Forstbezirk Forsthof bezeichneten Grundstücke im Gesamtausmaß von 92,6380 ha,

- c) aus dem gemeindefreien Forstbezirk Kraftshof (Landkreis Erlangen) die im Messungsverzeichnisauszug 121/51 der Gemarkung Forstbezirk Kraftshof bezeichneten Grundstücke im Gesamtausmaß von 98,0254 ha,

- d) aus dem gemeindefreien Forstbezirk Eibach (Landkreis Schwabach) die in den Messungsverzeichnisauszügen 291/51 und 69/39 der Gemarkung Forstbezirk Eibach bezeichneten Grundstücke im Gesamtausmaß von 94,9068 ha.

§ 2

(1) Die in § 1 genannten Flächen werden mit Wirkung vom 1. Februar 1952 in die Stadt Nürnberg eingegliedert, und zwar:

die Grundstücke zu a)
in die Gemarkung Mögeldorf, lt. Messungsverzeichnisauszug 54/42 der Gemarkung Mögeldorf,

die Grundstücke zu b)
in die Gemarkungen Gleißhammer und Märzfeld, lt. Messungsverzeichnisauszügen 265/51 der Gemarkung Gleißhammer und 264/51 der Gemarkung Märzfeld,

die Grundstücke zu c)
in die Gemarkung Ziegelstein, lt. Messungsverzeichnisauszug 156/51 der Gemarkung Ziegelstein,

die Grundstücke zu d)
in die Gemarkung Gibitzenhof, lt. Messungsverzeichnisauszügen 589/51 und 138/39 der Gemarkung Gibitzenhof.

(2) Die genannten Flächen scheiden damit aus den Landkreisen Nürnberg, Erlangen bzw. Schwabach aus und werden dem Stadtkreis Nürnberg zugeteilt.

§ 3

Mit dem 1. Februar 1952 tritt in dem umgegliederten Gebiet das Ortsrecht der Stadt Nürnberg in Kraft und etwaiges Ortsrecht der gemeindefreien Forstbezirke Zerzabelshof, Forsthof, Kraftshof und Eibach außer Kraft.

§ 4

Soweit der Aufenthalt Voraussetzung für Rechte und Pflichten ist, gilt der vor der Änderung liegende Aufenthalt in dem umgegliederten Gebiet als Aufenthalt in der Stadt Nürnberg.

§ 5

Etwaige zur Durchführung dieser Verordnung notwendige Vollzugsvorschriften erläßt das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.

§ 6

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1952 in Kraft.

Begründung

Die Stadt Nürnberg hat die in Frage stehenden Gemeindegrenzänderungen beantragt, die gleichzeitig Kreisgrenzänderungen bedeuten. Die Regierung von Mittelfranken befürwortet diese Umgliederungen.

Zu § 1a: Der Tiergarten der Stadt Nürnberg, der 1939 neu angelegt wurde, liegt gegenwärtig zum Teil auf städtischem, zum Teil auf ausmärkischem Gebiet. Schon aus rein verwaltungsmäßigen Gründen erscheint die Umgliederung gerechtfertigt. Zusammen mit dem Tiergartengelände sollen auch vier südwestlich davon an der Eisvogelstraße gelegene Anwesen, die nach ihrer örtlichen Lage zu Nürnberg gehören und verwaltungsmäßig im Einvernehmen aller Beteiligten durch die Stadt betreut werden, nach Nürnberg eingemeindet werden. Die am Grenzänderungsverfahren beteiligten Stellen (insbesondere auch der Kreistag Nürnberg) haben sich sämtlich für die Umgemeindung des Gebietes, das von etwa 30 Personen bewohnt ist, ausgesprochen.

Zu § 1b: Das Gebiet um den Valznerhof (früher sog. KdF.-Stadt) ist Wohnsiedlungsgelände der Stadt Nürnberg und inzwischen u. a. von der „Wohn- und Siedlungsgemeinschaft e. V.“ bebaut worden. Auch wird in diesem Gebiet eine große Wohnanlage für die in Nürnberg stationierten Besatzungsangehörigen durch die Stadt errichtet. Ferner hat die Stadt dort (nach Zerstörung des Heilig-Geist-Spitals und des Norisstiftes) die Arbeiterunterkünfte des früheren Zweckverbandes Reichsparteitag Nürnberg wieder instandgesetzt und darin das Städtische Altersheim (450 Insassen) untergebracht. Das von etwa 1000 Personen bewohnte Gelände grenzt unmittelbar an das bebaute Stadtgebiet an und ist versorgungsmäßig auf Nürnberg angewiesen; verwaltungsmäßig wird es im Einvernehmen mit dem Landratsamt Nürnberg bereits von der Stadt betreut. Soweit die dort Ansässigen berufstätig sind, liegen ihre Arbeitsstätten ausschließlich in Nürnberg; ebenso besuchen sämtliche Kinder Nürnberger Schulen. Gegen die Umgliederung dieses Gebietes hat sich keine der beteiligten Stellen ausgesprochen; auch der Kreistag Nürnberg hat zugestimmt.

Zu § 1c: Die Baugenossenschaft Buchenbühl hat anschließend an den Gemeindeteil Buchenbühl der Stadt Nürnberg auf einem zum Landkreis Erlangen gehörigen Gebiet (insbesondere Gelände des ehem. Luftwaffennachrichtenlagers Buchenbühl) Wohnbauten errichtet, in denen etwa 1100 Personen wohnen. Die am Grenzänderungsverfahren beteiligten Stellen haben Einwendungen nicht erhoben. Lediglich der Kreistag Erlangen lehnt die Umgliederung dieses Gebietes nach Nürnberg „und alle sonstigen Ausgemeindungsbestrebungen solange ab, bis im Zuge einer allgemeinen Regelung die Grenzen des Landkreises Erlangen, soweit erforderlich, neu festgesetzt werden“ (Beschluss vom 2. Juni 1950). In der Bezirksordnung (Kreisordnung) von 1927 ist an sich nur vorgesehen, daß der Kreistag vor Änderung im Bestand eines Kreises „zu hören“ ist (Art. 40). Selbst wenn man aber entsprechend der bei Gemeindegebietsänderungen maßgebenden Praxis davon ausgeht, daß eine Grenzänderung gegen den Willen der Vertretungskörperschaft nur vorgenommen werden soll, wenn das öffentliche Wohl es erfordert, wäre diese Voraussetzung im vorliegenden Falle gegeben. Wie schon die Fassung des erwähnten Beschlusses vom 2. Juni 1950 zeigt, kann auch der Kreistag Erlangen nicht die Notwendigkeit und die sachliche Berechtigung der Umgliederung bestreiten; der Kreistag geht gar nicht auf den Fall Buchenbühl ein, sondern wendet sich ganz allgemein gegen Gebietsabtretungen. Die Flächen, die in die Stadt Nürnberg eingegliedert werden sollen, standen ausschließlich und stehen, soweit sie nicht an die Siedler übereignet wurden, jetzt noch im Eigentum des Landes Bayern (Forstärar). Flächen im Eigentum des Landkreises Erlangen sind nicht betroffen. Das fragliche Gebiet bildet

mit dem angrenzenden Nürnberger Gemeindeteil Buchenbühl, der 1919 entstanden ist, eine siedlungsmäßige Einheit. Die Siedler sind Nürnberger, die in der Stadt beschäftigt sind und deren Kinder die Nürnberger Schulen besuchen; sie haben bereits 1948 beim Stadtrat Nürnberg die Eingemeindung des Gebietes beantragt. Die Siedlung wird hinsichtlich Wasser, Elektrizität und Kanalisation von Nürnberg versorgt. Eine städtische Omnibuslinie verbindet sie mit der Stadt. Verwaltungsmäßig ist das Gebiet von Anfang an von Nürnberg betreut worden; das Landratsamt Erlangen hat sich in einer Besprechung am 31. August 1950 damit einverstanden erklärt. Den im Umgliederungsgebiet ansässigen Personen kann wegen der ungünstigen Verkehrsverhältnisse nicht zugemutet werden, sich in Verwaltungsangelegenheiten mit der nächsten Gemeinde des Landkreises Erlangen, Heroldsberg, die 8 km entfernt ist, oder gar mit dem Landratsamt Erlangen in Verbindung zu setzen. Das Ausscheiden von 98 ha aus dem gemeindefreien Forstbezirk berührt keine wesentlichen Interessen des Landkreises Erlangen, insbesondere keine entscheidenden Belange der Selbstverwaltung. Auf der anderen Seite wird der Stadt Nürnberg die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben durch die Umgliederung des erwähnten Gebietes erheblich erleichtert. Damit ist die in der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs geforderte wichtigste Voraussetzung für die Vornahme von Gemeindegrenzänderungen gegeben.

Zu § 1d: Die Bestrebungen nach Eingemeindung des Geländes südlich der Mettlacher Straße gehen bereits auf die Vorkriegsjahre zurück. Es handelt sich hier um Nürnberger Siedlungsgebiet, das ausschließlich von der Stadt erschlossen wurde, an die Versorgungsleitungen und das Verkehrsnetz Nürnbergs angeschlossen ist und auch — im Einvernehmen mit dem Landratsamt Schwabach — verwaltungsmäßig in jeder Beziehung von Nürnberg betreut wird. Nachdem zunächst in der Gegend unmittelbar südlich der Mettlacher Straße einzelne Familien eine geschlossene Siedlung geschaffen hatten, wurde in dem im Süden anschließenden Gelände in raschem Fortschreiten eine umfangreiche Siedlung durch die Baugenossenschaft „Falkenheim“ errichtet, von den zunächst vorgesehenen 480 Wohnungen sind bereits 250 fertiggestellt und bezogen, der Rest ist im Aufbau. Auch die VDM-Werke, Nürnberg, haben dort 40 Wohnungen erstellt. Die Einwohnerzahl beträgt z. Z. über 1000 und wächst ständig. Alle Einwohner stammen aus Nürnberg, sämtliche Berufstätigen haben ihre Arbeitsstätte in Nürnberg, wie auch sämtliche Kinder Nürnberger Schulen besuchen. Die nächstgelegene Gemeinde des Landkreises Schwabach, Worzeldorf, ist etwa 5 km entfernt. Im übrigen gelten auch hier die zu 1c gemachten Ausführungen. Sachliche Bedenken gegen die Umgliederung bestehen nicht. Die am Grenzänderungsverfahren beteiligten Stellen haben Einwendungen nicht erhoben. Der Kreisausschuß Schwabach hat am 30. Januar 1952 beschlossen, der Umgliederung von nur etwa zwei Drittel des von der Stadt beanspruchten Gebietes zuzustimmen und diese Zustimmung davon abhängig zu machen, daß die Stadt einen weiteren Antrag auf Umgliederung von 5,5 ha Fläche der Gemeinde Katzwang (Landkreis Schwabach) zurückzieht. Was den Fall Katzwang anlangt, so ist zu bemerken, daß das Staatsministerium diese Umgliederung bis nach den Gemeindevahlen zurückstellt; ein Vertreter der Stadt erklärte dem Staatsministerium, es bestehe die Möglichkeit, daß man den Wünschen des Landkreises entgegenkomme (evtl. durch Gebietsaustausch). Hinsichtlich des Falles Mettlacher Straße führt der Kreisausschuß an, die Umgliederung des bebauten Gebietes sei zweckmäßig, weil dieses von keiner der Gemeinden des Landkreises mit verwaltet werden könne und in unmittelbarem Zusammenhang mit bebautem Gelände der Stadt stehe. Nur der nördliche Teil (die erwähnten zwei Drittel) komme jedoch zur Behauung in Betracht, während der südliche

Teil (das restliche Drittel) als Dauerwald vorgesehen sei. Die ablehnende Haltung des Kreisratsschusses zur Umgliederung des südlichen Teiles (30—40 ha) erscheint nicht gerechtfertigt. Ursprünglich hatte die Stadt aus dem Forstbezirk Eibach etwa 123 ha beansprucht, wovon tatsächlich ein Teil Dauergrünfläche war. Die Forstverwaltung hatte dem Antrag in diesem Umfange nicht zugestimmt; die Stadt ermäßigte daher ihre Ansprüche auf etwa 94 ha. Von einer „Dauerwaldfläche“ im südlichen Teil kann daher keine Rede sein, da das Gelände, soweit es nicht schon bebaut ist, im städtischen Bebauungsplan zur Bebauung vorgesehen ist. Es wäre kurzsichtig, wollte man solche Umgliederungen genau auf das bereits bebaute Gebiet beschränken und die geplante Ausdehnung bestehender Siedlungen nicht berücksichtigen. Von der Anhörung des Kreistages Schwabach, der erst Ende Februar wieder zusammentritt, wurde wegen Eilbedürftigkeit der Sache abgesehen; das Landratsamt Schwabach hat im übrigen darauf hingewiesen, es sei nicht zu zweifeln, daß der Kreistag den Beschluß des Kreis Ausschusses anerkennen werde.

Zu § 2 Abs. 3 wird folgendes bemerkt: Gemeinden, die mit ihrem ganzen Gebiet einheitlich einem Amtsgericht zugeteilt sind, gehören gemäß § 1 Abs. 3 der VO. zur einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung vom 20. März 1935 (RGBl. I S. 405) dem Bezirk dieses Gerichts

mit ihrem jeweiligen Gebietsumfang an. Bei Änderung von Gemeindebezirken tritt daher vielfach auch gleichzeitig eine Änderung der Gerichtsbezirke ein. Auf solche Änderungen der Gerichtsbezirke wird bei der Vornahme von Änderungen im Bestande einer Gemeinde stets hingewiesen.

Wie in gleichgelagerten Fällen schon früher ausgeführt wurde, sind mit Rücksicht auf Art. 9 Abs. 2 der bayer. Verfassung, wonach die Einteilung der Regierungsbezirke in Land- und Stadtkreise durch Rechtsverordnung der Staatsregierung bestimmt wird, alle Fälle von Kreisgrenzänderungen, bei denen sich die Einwohnerzahl der betroffenen Gebiete ändert, nach dem strengen Verfahren der bayer. Verfassung zu behandeln. Die Zuständigkeit des Staatsministeriums des Innern zur Vornahme der Kreisgrenzänderungen ist daher im vorliegenden Fall nicht gegeben. Der Erlaß einer Rechtsverordnung der Staatsregierung nach Einholung der Genehmigung des Landtags erweist sich als notwendig.

Die Angelegenheit ist mit Rücksicht auf die am 30. März 1952 stattfindenden Gemeindewahlen dringlich. Die im Umgliederungsgebiet ansässigen Personen (über 3100) sind zur Zeit nicht wahlberechtigt, da sie auf gemeindefreiem Gebiet wohnen. Die Wahlvorbereitungen nehmen etwa 6 Wochen in Anspruch.